

**Wetter: 7° bis 9°**



Erst Nebel, dann stark bewölkt ▶ **Bunte Seite**

**Länderspiel**

Englands „Three Lions“ flößen Löw Respekt ein ▶ **Sport**



**Rückkehr der Wölfe**

Jäger wollen Problemtiere töten ▶ **Seiten 2 und 5**



# Aachener Nachrichten

ÜBERPARTEILICH · UNABHÄNGIG

Donnerstag, 9. November 2017 · 73. Jahrgang · Nummer 259

www.an-online.de

1,60 Euro

## Kostenexplosion: Aachen stoppt Kurhaus-Umbau

**Aachen.** Weil die zu erwartenden Kosten um 13 Millionen Euro auf insgesamt 38,65 Millionen Euro steigen, hat die Stadt Aachen in Sachen Sanierung des Neuen Kurhauses an der Monheimsallee jetzt die Notbremse gezogen. Vor wenigen Tagen habe das beauftragte Planungsbüro eine „verifizierte Kostenberechnung“ vorgelegt, erklärte Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp auf einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz. Nun müsse die Verwaltung die Zahlen prüfen und erneut mit der Politik über die Nutzung des Gebäudes diskutieren. Die Wiedereröffnung des Spielkasinos, das derzeit am Tivoli beheimatet ist, verschiebt sich damit auf unbestimmte Zeit. (slg) ▶ **Lokales**

## Steinmeier am 20. November zu Gast in Aachen

**Aachen.** Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist am Montag, 20. November, zu Gast in Aachen. Im Rahmen seines Antrittsbesuchs in Nordrhein-Westfalen besichtigt Steinmeier nach Informationen unserer Zeitung dabei den Aachener Dom und das Rathaus. Geplant ist auch ein Besuch der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule, wo sich der Bundespräsident über die Entwicklung des Elektrokleinwagens e.GO informieren will. Am Abend steht ein Essen im Rathaus auf dem Programm. Begleitet wird Steinmeier von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet. (red)

## Polizist bringt Aktivistin in Lebensgefahr

**Aachen/Merzenich.** Ein Polizist hat eine Umweltaktivistin bei der Aktion „Ende Gelände“ im Tagebau Hambach am Sonntag vor ein Pferd gestoßen und so in Lebensgefahr gebracht. Die Polizei hatte am Montag Zweifel geäußert, dass es eine solche Situation gegeben habe, doch inzwischen ist ein Video aufgetaucht, das die Situation zeigt. Nach eigenen Angaben kam die Aktivistin mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davon. Wegen des Einsatzes von Reizgas gegen Aktivisten während desselben Einsatzes hat die Aachener Staatsanwaltschaft inzwischen begonnen zu ermitteln. Es wird nun geprüft, ob der Einsatz gerechtfertigt war. (gego) ▶ **Seite 9**

## Provinz Limburg rüstet ÖPNV ganz auf Strom um

**Maastricht.** Die südlichste Provinz der Niederlande krepelt ihren öffentlichen Nahverkehr um. Bis 2025 soll die komplette Bus- und Bahnflotte elektrifiziert sein. Das sieht der Vertrag vor, den die Provinz mit der Deutsche-Bahn-Tochter Arriva abgeschlossen hat. Bereits seit Dezember 2016 läuft der Umbau, den sich die Maastrichter Verwaltung zwei Millionen Euro kosten lässt. Derzeit fahren bereits 16 Elektrobusse. Daneben wächst in Limburg das Netz von privat betriebenen Bürgerbus-Linien. Auch für den grenzüberschreitenden ÖPNV sind Verstärkungen an. Für 2018 ist die Einführung einer durchgehenden Bahnverbindung der großen Städte Aachen, Maastricht und Lüttich geplant. (alba) ▶ **Seite 10**

## Weiblich, divers, männlich



Deutschland als Vorreiter in Europa: Das Bundesverfassungsgericht fordert ein drittes Geschlecht für den Eintrag im Geburtenregister, damit intersexuelle Menschen ihre geschlechtliche

Identität „positiv“ vermerken können. Der Gesetzgeber muss eine Neuregelung schaffen, die neben „männlich“ und „weiblich“ etwa „inter“ oder „divers“ beinhaltet. ▶ **SEITEN 2 UND 4**

## EU-Abgaspläne stoßen auf Kritik

Nach dem Willen der Kommission sollen Neuwagen 2030 rund ein Drittel weniger Sprit verbrauchen. Die Autoindustrie hält die Vorschläge für nicht umsetzbar, Umweltschützern gehen sie nicht weit genug.

**Brüssel.** Die EU-Kommission hat ihre Klimaschutzpläne für Autos bis 2030 offiziell beschlossen – und damit sofort heftige Kritik auf sich gezogen. Umweltschützer geißeln die vorgesehene Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes um 30 Prozent gestern als zu gering, der Autoindustrie geht die Vorgabe zu weit. Brüssel verspricht sich davon aber nicht nur wirksamen Klimaschutz und einen Innovations-schub für saubere Autos, sondern auch handfeste Einsparungen für Verbraucher an der Zapfsäule.

Der europäische Herstellerverband ACEA kritisierte vor allem, dass schon für 2025 ein verbindliches Zwischenziel vorgesehen ist. Das lasse zu wenig Zeit. Der Verband der Automobilindustrie erklärte, es sei mehr als fraglich, dass die neuen CO<sub>2</sub>-Werte zu schaffen seien. Von Grünen und Umweltschützern kam nicht weniger heftige Kritik, nur mit anderer Stoßrichtung. „Die EU-Kommission ist vor den Autoherstellern eingeknickt“, monierte der ökologisch

ausgerichtete Verkehrsclub VCD. „Dieser lasche Vorschlag wird den Verkehrssektor nicht auf Klimakurs bringen.“ Der Grünen-Bundestagsfraktionsvize Oliver Krischer aus Düren nannte den Entwurf eine Mogelpackung. Fraktionschef Anton Hofreiter nannte den Vorschlag aus Brüssel „ambitionslos“ und sagte, die Grünen blieben bei der Vorstellung, dass Neuzulassungen von Verbrennungsmotoren bis 2030 auslaufen sollten, auch wenn dieses Ziel mit den möglichen Partnern einer Jamaika-Koalition nicht zu erreichen sei.

Die Präsidentin des Umweltbundesamts, Maria Krautzberger erklärte: „Wir brauchen eine Minderung der CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte von fast 70 Prozent im Jahr 2030 gegenüber 2021.“

Die Pläne waren schon am Dienstag bekanntgeworden. So sollen Neuwagen bis zum Jahr

2025 im Schnitt zunächst 15 Prozent weniger Kohlendioxid ausstoßen, bis 2030 dann 30 Prozent weniger. Sonst drohen den Autobauern empfindliche Strafen. Klimakommissar Miguel Arias Cañete betonte, die Einhaltung der Ziele werde künftig strenger kontrolliert. Dazu würden Verbrauchsanzeigen für alle Neuwagen vorgeschrieben.

„Dieser lasche Vorschlag wird den Verkehrssektor nicht auf Klimakurs bringen.“

OLIVER KRISCHER, GRÜNEN-BUNDESTAGSFRAKTIONSVIZE

Darüber hinaus will die Kommission bis 2030 möglichst 30 Prozent Neuwagen mit Elektro- oder anderen alternativen Antrieben auf die Straße bringen. Dafür stellt sie 800 Millionen Euro zum Ausbau von Ladestationen für Elektro-

autos in ganz Europa bereit. Geplant sind auch Vorschriften zur Anschaffung von abgasarmen Autos bei Behörden und die Förderung öffentlicher Verkehrsmittel. Für Hersteller will die EU-Behörde ein Anreizsystem: Wenn die Konzerne ihren Anteil an Modellen mit wenig oder gar keinen Abgasen steigern, sollen sie beim Erreichen der CO<sub>2</sub>-Ziele Bonuspunkte bekommen. Dies gilt, wenn 2025 mehr als 15 Prozent und 2030 mehr als 30 Prozent ihrer verkauften Flotte emissionsarm sind.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sagte, er wolle Europa in eine Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel bringen, zumal die USA ihre Ambitionen aufgegeben hätten.

Die Bundesregierung ist für Ziele, die „ehrgeizig sein sollen und erreichbar“, wie Sprecher Steffen Seibert sagte. Wie sie sich genau positioniert, hängt vom Ausgang der Koalitionsgespräche von Union, FDP und Grünen ab. (dpa/afp) ▶ **Seite 6**

## Asyl-Einigung möglich Angriff auf Polizisten

NRW-Landeschef Laschet: Jamaika auf gutem Weg

VON JOHANNES NITSCHMANN

**Düsseldorf.** In der bisher umstrittenen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik sieht der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU, Foto: dpa) die laufenden Sondierungen über eine Jamaika-Koalition im Bund vor einer möglichen Einigung. „Ich halte das für lösbar“, sagte Laschet gestern vor Journalisten in Düsseldorf. Dabei gehe er davon aus, dass sich Unionsparteien, FDP und Grüne auf das „ganz klare Prinzip“ verständigten, zukünftig Asyl nur politisch Verfolgten und wirklich Schutzbedürftigen zu gewähren.

Der NRW-Ministerpräsident geht davon aus, dass sich ein Jamaika-Bündnis zudem auf ein Einwanderungsgesetz verständigen wird. „Wir brauchen qualifizierte Zuwanderung“, sagte der Lan-

deschef der NRW-CDU und stellvertretende Vorsitzende der Bundespartei. Diese Zuwanderung solle gesteuert und begrenzt werden nach den Möglichkeiten der Integrationsfähigkeit unseres Landes. Es müsse geregelt werden, wer zuwandern könne, wenn er nicht politisch verfolgt sei, sowie die Qualifikation, die notwendig sei. Bei den Bürgerkriegsflüchtlings werden sich die Unterhändler nach Einschätzung von Laschet darauf verständigen, dass diese Gruppe wie bisher einen „subsidiären Schutz“ genießt. Lediglich beim Familiennachzug sei bisher noch keine Einigung absehbar, berichtete Laschet. Dabei gehe es im Kern darum, ob der Familiennachzug für Bürgerkriegsflüchtlings mit subsidiärem Schutz weiterhin ausgesetzt werde. ▶ **Seite 2**

VON THOMAS VOGEL

**Aachen.** Nach der Attacke einer Gruppe junger Männer auf Polizisten in der Nähe des Aachener Bushofs in der Nacht auf vergangenen Samstag ist die Polizei dabei, den Einsatz auszuwerten und die Ermittlungen voranzutreiben. Die Beamten waren hinterrücks von zehn bis 15 Männern angegriffen und auch gegen den Kopf getreten und geschlagen worden. Bei dem Gewaltexzess waren drei Beamte so schwer verletzt worden, dass sie auf absehbare Zeit dienstunfähig sind. Nach jetzigem Erkenntnisstand wäre bei der Brutalität des Überfalls ein Schusswaffengebrauch der Polizisten wahrscheinlich nicht infrage gestellt worden, erklärte Paul Kemen von der Pressestelle der Aachener Polizei.

Es handelt sich um ein krasses Beispiel von körperlicher Gewalt gegen Polizisten, das aber keinen Einzelfall darstellt. 2016 wurden im Aachener Polizeipräsidium 266 Fälle von Widerstand gegen

Beamte festgestellt, in diesem Jahr wird man nach einer ersten Schätzung bei 260 bis 280 Fällen landen, teilte Kemen mit. In Düren waren es im vergangenen Jahr 78 Fälle von Widerstand gegen Polizisten mit 157 betroffenen Beamten, 2017 bis September schon 84 Fälle mit 163 Beamten. Die Polizei im Kreis Heinsberg hingegen verzeichnet eine Stagnation. Man werde in diesem Jahr voraussichtlich bei der Zahl von 2016 (77 Fälle) bleiben.

Weitere Details zu der Gruppe vom Bushof, etwa wie lange sich die jungen Männer bereits kannten oder woher, lägen noch nicht vor. Aktuell würden sowohl Zeugen als auch Täter – sieben Deutsche, ein eingebürgerter Marokkaner und ein Mann unbekannter Herkunft – vernommen. Wie bei allen Fällen, bei denen Beamte verletzt werden, wird auch der Einsatz vom Wochenende analysiert. Eine Fehleinschätzung der beteiligten Beamten habe man bisher nicht feststellen können. ▶ **Lokales**

## HEUTE IM LOKALTEIL

▶ **Aseag-Kunden: Kritik am neuen System**

In allen 220 Bussen der Aseag und ihrer Subunternehmen, die Aachen unterwegs sind, sind Lesegeräte für die neuen elektronischen Tickets installiert worden. Diese werden nun nach und nach in Betrieb genommen. Vielen Aseag-Kunden allerdings gibt das neue System Rätsel auf.

▶ **„Marilyn – Ikone“: Premiere im Theater K**

▶ **Zwei Stunden Tanz für alle Fünftklässler**

## KURZ NOTIERT

Weiter hohe Gefährdung durch Cyberangriffe

**Berlin.** Der Bund ist besorgt über die steigende Zahl von Cyberangriffen, mit denen Geld erpresst werden soll. Ein ernstes Problem seien kriminelle Geschäftsmodelle, die darauf aufbauten, Daten zu stehlen, um Lösegeld zu erpressen, sagte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) gestern bei der Vorstellung eines Lageberichts. Er forderte von Wirtschaft und Verbrauchern mehr Bewusstsein für die IT-Sicherheit. Die Gefährdungslage sei „weiterhin auf hohem Niveau“, erklärte das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). (afp) ▶ **Bericht und Kommentar Seite 2**

## DER, DIE, DAS

„Erhebt Eure Herzen, nicht Eure Handys“

Papst Franziskus hat die Gläubigen ermahnt, während eines Gottesdienstes nicht ihre Handys zu zücken und keine Fotos zu machen. Es mache ihn „so traurig“, wenn er eine Messe feiere und so viele Mobiltelefone in der Luft sehe, sagte Franziskus gestern bei seiner Audienz vor Tausenden Menschen auf dem Petersplatz in Rom. Nicht nur die einfachen Gläubigen, auch Priester – und sogar die Bischöfe – holten manchmal ihre Handys heraus. „Also bitte! Die Messe ist kein Spektakel.“ Wenn der Priester an einer Stelle des Gottesdienstes sage: „Erhebet Eure Herzen“, sage er eben nicht: „Erhebet Eure Handys, um ein Foto zu schießen“, kritisierte der Papst.

## KONTAKT

Zeitungsverlag Aachen GmbH  
Postfach 500 110, 52085 Aachen  
Aboservice/Zustellung:  
Telefon: 02 41 / 51 01 - 701  
Fax: 02 41 / 51 01 - 790  
Anzeigenberatung:  
Telefon: 02 41 / 51 01 - 700  
Fax: 02 41 / 51 01 - 790  
Redaktion:  
Telefon: 02 41 / 51 01 - 310  
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)  
Fax: 02 41 / 51 01 - 360  
Verlag (Zentrale):  
Telefon: 02 41 / 51 01 - 0  
E-Mail:  
servicecenter@zeitungsverlag-aachen.de

an-online.de



## Videobeweise im Tagebau Hambach

„Ende Gelände“: Ein Polizist bringt eine Aktivistin in Lebensgefahr. Die Polizei bestritt den Vorfall, doch jetzt gibt es Beweise.

VON MARLON GEGO

**Aachen/Merzenich.** Bei der „Ende Gelände“-Aktion im Tagebau Hambach am Sonntag ist eine der Aktivistinnen von einem Polizisten in eine lebensgefährliche Situation gebracht worden. Wie Videomaterial zweier Münchener Journalisten deutlich zeigt, ist diese Aktivistin von besagtem Polizisten vor ein Pferd der Landesreiterstaffel gestoßen worden. Nach eigenen Angaben erlitt die Aktivistin Verletzungen an Schulter, Arm und Rippen. Wie die Bilder belegen, hatte die Frau großes Glück, nicht erheblich schwerer verletzt worden zu sein.

Gerüchte über eine solche Situation hatten bereits am Sonntag nachmittag kursiert, doch Fotos oder Videos gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Ein Redakteur unserer Zeitung hatte die Situation im Tagebau Hambach zwar verfolgen können, allerdings nur aus großer Entfernung. Am späten Sonntagabend veröffentlichte die Internetzeitung „Huffington Post“ einen Bericht, der die Gerüchte vom Nachmittag bestätigte. Am Montagmorgen bat unsere Zeitung die für den Einsatz im Tagebau Hambach verantwortliche Aachener Polizei um eine Stellungnahme.

### Zur Wahrheit verpflichtet

Polizeipräsident Dirk Weinspach lud für Montagmittag mehrere Journalisten, unter anderem von unserer Zeitung, zum Gespräch, um über den zurückliegenden „Ende Gelände“-Einsatz zu berichten. Dieser Einsatz sei „zu 99,9 Prozent ein Erfolg“ gewesen, sagte Weinspach am Montagmittag. Angesprochen auf den Vorfall mit dem Pferd der Landesreiterstaffel, erklärte Weinspach, entsprechende Videos gesehen zu haben und schilderte die Situation so:

Mehrere der am Sonntag in den Tagebau eingedrungenen Aktivistinnen hätten versucht, eines oder mehrere Polizeipferde zurückzudrängen. Es sei ein Tumult entstanden, in der eines der Pferde sich auf die Hinterbeine gestellt und sich um sich selbst gedreht habe. Eine Aktivistin, die währenddessen „fast“ von einem Huf des Pferdes am Kopf getroffen worden sei, habe sich „hysterisch hinfallen lassen“ und geschrien, sagte Weinspach am Montag. Den Bericht der „Huffington Post“ wies Weinspach



Tagebau Hambach am Sonntag: Eine Aktivistin mit blauem Rucksack versucht, einen Polizisten daran zu hindern, einen anderen Aktivist zu wegzuzerren (1). Der Polizist dreht sich zu ihr um (2) und stößt sie weg (3). Die Aktivistin stürzt (4) – und fällt vor ein herantrabendes Pferd (5 und 6). Das Pferd trifft mit seinem rechten Vorderhuf den Strohsack der Frau (7) und streift mit seinem linken die Aktivistin selbst (8). Fotos: 24mmjournalism.com

kopfschüttelnd zurück. Es ist wichtig zu wissen, dass die Polizei, wie alle anderen Behörden und Ministerien auch, für Journalisten eine sogenannte „privilegierte Quelle“ sind. Das bedeutet: Den Angaben ist schon aus Rechtsgründen zu trauen, ohne dass diese Auskünfte noch durch Drittquellen zu verifizieren sind. Dieses Vertrauen ist in der gesetzlichen Verpflichtung zur wahrheits-

gemäßen Auskunft gegenüber der Presse begründet. Auch wenn sich Behörden mit dem Auskunftsanspruch der Presse gelegentlich schwertun, kommen diese jedoch in den meisten Fällen dem Anspruch der Presse ordnungsgemäß nach. Zu diesen Behörden zählt auch das Aachener Polizeipräsidium. Weinspach hätte sich am Montag noch nicht zu dem Vorfall mit

dem Pferd äußern müssen. Er hätte Zeit gehabt, sich vor einer Stellungnahme mit dem Sachverhalt genauer zu befassen. Er entschied sich anders. Bezugnehmend auf Weinspachs Erklärungen veröffentlichte unsere Zeitung einen Artikel über den Einsatz im Tagebau Hambach, in dem die Glaubwürdigkeit des Artikels der Internetzeitung deutlich infrage gestellt wurde. Es bestand zu diesem Zeit-

punkt kein Grund, Weinspachs Darstellungen in Zweifel zu ziehen.

Am späten Montagabend dann posteten zwei Münchener Journalisten, die mit den Aktivistinnen am Sonntag im Tagebau gewesen waren, das Video der Situation auf Facebook. Das Video belegt eindeutig, dass der Bericht der „Huffington Post“ zutreffend ist. Die Bilder sind nicht einmal im Ansatz mit den Schilderungen Weinspachs in Deckung zu bringen.

Am Dienstagmorgen konfrontierte unsere Zeitung die Aachener Polizei mit dem veröffentlichten Videomaterial. Sandra Schmitz, die Sprecherin der Aachener Polizei, zweifelte nicht an der Echtheit des Videos. Auf die Frage, wie das Video mit den Schilderungen von Polizeipräsident Weinspach in Übereinstimmung zu bringen sei, antwortete Schmitz, dass Weinspach eine ganz andere Situation geschildert habe, die sich zu einer anderen Zeit an einer anderen Stelle des Tagebaus Hambach am Sonntag zugetragen habe.

### Antrag auf Akteneinsicht

Das Problem ist: Für die von Weinspach geschilderte Situation hat unsere Zeitung auf Anfrage bei den Organisatoren von „Ende Gelände“ und auf Anfrage bei den beiden Münchener Journalisten bislang keinen Zeugen finden können. Bis gestern Abend ist den „Ende Gelände“-Organisatoren kein Foto bekanntgeworden, auf der eine Situation, wie Weinspach sie dargelegt hat, zu sehen ist.

Gestern Vormittag nun stellte unsere Zeitung bei der Aachener Polizei einen Antrag auf Einsicht in die Akten, auf deren Grundlage Dirk Weinspach am Montag seine Erklärungen abgegeben hatte. Bis gestern Abend war noch nicht über den Antrag entschieden, was allerdings nicht ungewöhnlich ist.

„Ende Gelände“-Sprecherin Janna Aljets teilte gestern mit, auf eine Anzeige gegen den Polizisten, der die Aktivistin vor das Pferd gestoßen hatte, zu verzichten. Zum einen, weil die Erfolgsaussichten einer Verurteilung gering seien. Zum anderen, weil das Thema nicht vom eigentlichen Anliegen des Aktionsbündnisses ablenken sollte: den sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle zu erreichen.

Das Video im Netz: <https://tinyurl.com/yb93jb5d>

### ZAHL DES TAGES

20

► Insgesamt **20 Unfälle** gab es im vergangenen Jahr an den 2079 Bahnübergängen in Nordrhein-Westfalen. Wie die Deutsche Bahn gestern mitteilte, wurden 2016 bundesweit 140 Unfälle an den Kreuzungen von Schiene und Straße registriert, NRW hat daran einen Anteil von gut 14 Prozent. Hauptunfallursache sei, dass der Vorrang des Schienenverkehrs missachtet werde – sei es aus Unaufmerksamkeit, Leichtsinn oder Nichtwissen. Über die Jahre gibt es weniger Vorfälle: 2013 waren in Nordrhein-Westfalen noch 34 Unfälle an Bahnübergängen verzeichnet worden. Bundesweit hat Bayern die meisten Bahnübergänge (3131) und auch die meisten Unfälle (35). Niedersachsen und NRW verzeichneten im vergangenen Jahr jeweils 20 Unfälle und liegen damit auf Platz zwei. (dpa)

### KURZ NOTIERT

#### Bistum Aachen wählt neue Gemeinderäte

**Aachen.** Im Bistum Aachen werden am 11. und 12. November zum zweiten Mal die Räte in den Gemeinschaften der Gemeinden gewählt. Stimmberechtigt sind über 900 000 Erwachsene und Jugendliche. Zeitgleich finden auch in den vier anderen (Erz-)Bistümern von Nordrhein-Westfalen die Wahlen statt. Der Rat der Gemeinschaft der Gemeinden ist das oberste beschlussfassende Organ für die pastoralen Aufgaben in den 71 GdG des Bistums. Neben dem GdG-Rat können in den Pfarreien und Gemeinden auch Pfarrei- und Gemeinderäte gewählt werden. (red)

#### Protestaufruf gegen IHK-Veranstaltung

**Aachen.** Das Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie (AAA) ruft in Zusammenhang mit dem heute stattfindenden „Unternehmerforum Tihange“ der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen zu öffentlichem Protest auf. Grund sei, dass die IHK „den Lobbyisten der Nuklearindustrie ein pseudo-neutrales Podium“ anbiete statt sich klar gegen „die eklatante Unterversicherung der realen, ökonomischen Gefahren durch das Atomkraftwerk Tihange“ zu positionieren, so das Bündnis. Mit der Protestveranstaltung will das Bündnis die eingeladenen Aachener Unternehmer und Geschäftsführer vor Verschleierung der Gefahren durch das AKW Tihange warnen. Die angemeldete Protestaktion findet heute von 17.15 Uhr bis 18.30 Uhr vor der IHK-Aachen (Theaterstraße 6-10) statt. (red)

### ZUR PERSON

► Genau wie der aus Eschweiler stammende Sänger Amin Afify (wir berichteten) haben es auch **Silke und Alexander Mohnfeld** aus Drove im Kreis Düren als Country-Duo bei der Casting-Show „The Voice of Germany“ bis in die „Blind Auditions“ geschafft. Am kommenden Sonntag, 12. November (20.15 Uhr, Sat 1) wird die Aufzeichnung der Sendung auf Fernfern im Fernsehen ausgestrahlt. Die Mohnfelds, die auch privat ein Paar sind, haben sich als Country-Duo weit über die Grenzen des Kreises Düren einen Namen gemacht. Sie sind auch bei der Casting-Show „The Voice of Germany“ mit Country-Songs an den Start gegangen. kin/ Foto: SAT.1/ProSieben/Richard Hübner

### KONTAKT

Regionalredaktion:  
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)  
Tel.: 0241/5101-397  
Fax: 0241/5101-360  
euregio-an@zeitungsverlag-aachen.de

## Der Rechtsausschuss erfährt „naheliegende“ Beispiele

Das Gremium tagt in Aachen und ein Experte referiert über die Probleme der Grenzregion. Nachbarn sind sauer über Pkw-Maut.

VON CHRISTOPH PAULI

**Aachen.** Früher saßen hier die Angeklagten, aber nach vielen Jahrzehnten und Urteilen hatte der alte Schwurgerichtssaal dann ausgedient. Der renovierte Raum wird nun noch bei besonderen Anlässen aufgeschlossen.

Gestern war so ein Tag, weil sich der Rechtsausschuss des Landtags sich im Aachener Justizzentrum verabredet hatte. Parallel fand dort der „Internationale Tag der Justiz“ statt. Aber der Ausschussvorsitzende Werner Pfeil hatte noch ein anderes Interesse. Der FDP-Abgeordnete aus der Städteregion Aachen wollte seinen Kollegen aus fünf Fraktionen die Probleme einer

Grenzregion im Wortsinn „näherbringen“.

Und so referierte ein Praktiker vor den Politikern. Martin Unfried arbeitet für das „Institute for Transnational and Euregional Cross border and Mobility“ in Maastricht. Unfried ist dort Projektleiter für die „Gesetzesfolgenabschätzung“, wann immer sich Paragrafen auf die Grenzregionen auswirken. Vor drei Jahren wurde das Institut gegründet, seitdem melden sich die Wissenschaftler zu Wort, wenn ein Gesetz klemmt. „Wir schauen, ob es am Gesetz, an der Bürokratie oder an der Umsetzung liegt“, sagt Unfried. Dabei versuchen sich die Forscher an unterschiedlichen Blickwinkeln, um zu

verstehen, wie sich nationale Gesetzgebung im Nachbarland auswirkt. „Wir ermitteln zum Beispiel die Auswirkungen, wenn die niederländische Regierung die Mehrwertsteuer bei einigen Lebensmittelprodukten erhöht.“

Das Institut recherchiert selbst Fälle, andere Probleme werden an die Wissenschaftler herangetragen. Bevorzugt gehe es da in Belgien und den Niederlanden um die geplante Einführung der deutschen Maut, sagt Unfried. Bei dem Thema schwilt vielen Nachbarn der Kamm. Bei einer kleinen Umfrage unter 500 Autofahrern sei der Tenor eindeutig gewesen: Mehrheitlich wolle man die benötigte Vignette nicht kaufen.

Vielmehr müssten sich viele ländliche Regionen darauf einstellen, dass der Verkehr sich neue Wege suche. „Für die gewollte europäische oder euregionale Integration ist das sicher kein gutes Projekt“, sagt Unfried und fügt hinzu: „Viele Belgier und Niederländer sind sauer, weil in der Grenzregion so neue Grenzen gezogen werden.“

In vielen Bereichen nähern sich die Länder nicht an, eher im Gegenteil, sagt der Experte. Beim Steuerrecht, bei der Anerkennung von Abschlüssen oder auch beim grenzüberschreitenden ÖPNV entwickeln die Staaten zunehmend eigene komplexe System, die kaum noch kompatibel sind.

An „naheliegenden“ Beispielen mangelt es jedenfalls nicht. Unfried hat den Mitgliedern des Rechtsausschusses ein kleines Geschenk dagelassen: Ein bunter Katalog listet 127 sehr konkrete Pro-

blemfälle auf, die das Institut zusammengetragen hat. Viele davon berühren die Bundesgesetzgebung, andere dagegen sind fast ultimative Aufforderungen an die Landespolitiker.

### KURZ GEFRAGT

## Warum ist es kompliziert?



► WERNER PFEIL  
Vorsitzender des Rechtsausschusses im Landtag

Warum kommt das Gremium in der alten Kaiserstadt zusammen? **Pfeil:** Wir wollen damit als Rechtsausschuss von NRW ein deutliches Zeichen für die Wichtigkeit der Europäischen Werte- und Rechtsgemeinschaft setzen. Und das können wir am Europäischen Tag der Justiz in Aachen besonders gut. Außerdem können so alle Ausschussmitglieder die Probleme, aber auch die Chancen einer Grenzregion vor Ort kennenlernen. Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP ist die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vereinbart und dass das Thema „Europa“ eine

Querschnittsaufgabe sämtlicher Ministerien und Politikfelder sein soll. Folgerichtig hat die Koalition am Donnerstag einen ersten Antrag beschlossen, damit das Plenum die Rechtslage zum Besuch von internationalen Schulen beraten soll.

Was steht neben der freien Schulpflicht auf der Agenda?

**Pfeil:** Eine andere Frage ist: Warum ist es noch so kompliziert, die unterschiedlichen Abschlüsse zum Beispiel im Erzieherbereich länderübergreifend anzuerkennen? Oder wie kann man die Kooperation von Hochschulen, die nur punktuell funktioniert, weiter verbessern? Oder: warum haben in den Niederlanden lebende Eltern keinen Anspruch auf einen Kita-Platz in Deutschland, wenn sie hier in Deutschland arbeiten und Steuern zahlen? Es gibt unzählige solcher Beispiele. (pa)



Seltener Tagungsort: Der Rechtsausschuss trifft sich im alten Schwurgerichtssaal im Aachener Justizzentrum. Fotos: Andreas Herrmann